

STELLUNGNAHME

Berlin, 26. Mai 2006

DEUTSCHER BUNDESTAG
16. Wahlperiode
Ausschuss für Wirtschaft
und Technologie

Ausschussdrucksache **16(9)137**
26.Mai 2006

**Schriftliche Stellungnahmen der
Sachverständigen zur Öffentlichen
Anhörung: „Bürokratieabbau - Bewertung
institutioneller und konkreter Maßnahmen“
am 29. Mai 2006**

hier:

**SV Dr. Axel Nitschke und Dr. Hubertus Hille,
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
(DIHK)**

Berlin, 26. Mai 2006

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

**Zum Thema: Anhörung zum Thema Bürokratieabbau am 29. Mai 2006 durch
den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie**

Die Anhörung bezieht sich auf:

- a) das Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (BT-Drucksache 16/1406)
- b) das Erste Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (BT-Drucksache 16/1407)
- c) den Antrag der FDP-Fraktion "Bürokratieabbau – Jetzt sind konkrete Schritte geplant“ (BT-Drucksache 16/472)
- d) den Antrag der FDP-Fraktion "Statistikpflichten zurückführen, Bürokratiekosten senken" (BT-Drucksache 16/1167)

Zusammenfassung:

Bürokratieabbau ist aus Sicht des DIHK ein dringend erforderlicher Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Insbesondere kleinere Unternehmen leiden in besonderem Maße unter bürokratischen Lasten. Der neue Anlauf der Politik zu mehr Bürokratieabbau wird vom DIHK vor diesem Hintergrund positiv gewertet. Der vorgelegte Gesetzesentwurf der Bundesregierung mit ersten Schritten zum Bürokratieabbau ist zwar für die deutsche Wirtschaft auch in der Summe der Entlastungswirkungen bei weitem nicht ausreichend. Der Titel des Gesetzesentwurfes („Erstes Gesetz ...“) lässt aber weitere einschlägige Gesetze erwarten, die der DIHK auch dringend empfiehlt. Es darf nicht – wie bei vielen früheren Anläufen – trotz anfangs groß angekündigter Pläne zum Bürokratieabbau aus Sicht der Unternehmen im Verlauf einer Legislaturperiode zu einer wachsenden Bürokratiebelastung kommen. Häufig wurden geringfügige Entlastungen in einigen Gesetzen durch den Aufbau neuer Bürokratie aufgrund anderer Gesetze überkompensiert. Die Erfahrungen der Vergangenheit, insbesondere im Hinblick auf das Steuerrecht, und die aktuelle Diskussion um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz haben dazu geführt, dass die Unternehmer derzeit erhebliche Zweifel daran haben, ob die Politik tatsächlich jemals die Kraft zum spürbaren Bürokratieabbau findet.

Desto wichtiger ist es, dass die Bundesregierung mit dem „Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates“ der Bürokratieentwicklung in Deutschland erstmals eine institutionelle Schranke entgegen setzen möchte. Der DIHK unterstützt diesen Ansatz nachdrücklich. Dabei sollte der Normenkontrollrat eine beratende und prüfende Funktion für den Gesetzgebungsprozess insgesamt einnehmen - nicht nur für die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung! Wir schlagen deshalb vor, dass der Normenkontrollrat auch Gesetzesentwürfe aus dem Bundesrat und aus dem Bundestag einer Prüfung unterziehen darf. Die Stellung des Normenkontrollrates in der politischen Öffentlichkeit sollte auch dadurch

gestärkt werden, dass seine Voten durchgängig veröffentlicht werden – auch wenn der Gesetzesentwurf letztlich nicht im Parlament beraten wird. Sehr kritisch sieht der DIHK, dass der Normenkontrollrat sich ausschließlich auf jene Bürokratielasten beschränken soll, die durch Informationspflichten entstehen. Aus Sicht der Unternehmen reicht Bürokratie weit über die Informations- und Meldepflichten hinaus. Hier sehen wir die Gefahr, dass bei einer zu engen Beschränkung des Auftrages des Normenkontrollrates – trotz mancher Entlastungsschritte – die Unternehmen keinen durchgreifenden Bürokratieabbau wahrnehmen werden.

Abgesehen von einer Reihe von Kritikpunkten im Detail hält der DIHK alle Artikel des vorgelegten Entlastungsgesetzes für richtig. Zum Teil setzen wir uns allerdings für weiterreichende Entlastungen ein – so z.B. bei der Erhöhung für Kleinbetragsrechnungen (Artikel 9). Ebenso unterstützen wir die beiden Anträge der FDP-Bundestagsfraktion, die letztlich einen offenkundig weit in den Bundestag hineinreichenden Konsens zum Ausdruck bringen, in dieser Legislaturperiode konstruktiv zum Abbau von Bürokratie beizutragen. Der DIHK schaltet sich in diese politische Diskussion zum Bürokratieabbau vor dem Hintergrund der vielen praktischen Unternehmenserfahrungen ein, die von der Organisation der Industrie- und Handelskammern regelmäßig erfasst werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die DIHK-Liste mit 28 konkreten Vorschlägen zum Bürokratieabbau, die wir zum Jahreswechsel 2005/2006 veröffentlicht haben („Weniger Bürokratie, mehr Freiheit: 28 konkrete Vorschläge der IHK-Organisation zum Abbau bürokratischer Hemmnisse“) und die Anhang dieser Stellungnahme ist. Dem DIHK geht es bei seinen Vorschlägen nicht um die Vertretung von Partikularinteressen aus der Wirtschaft; vielmehr sind die Vorschläge Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses - auf der Grundlage der gesetzlichen Mitgliedschaft der Unternehmen in den IHKs - in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt.

Einzelanmerkungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates

- § 1 (2) + § 2 (1): Die Aufgabe des Normenkontrollrates sollte über die Informations- und Meldepflichten hinausgehen. Der Normenkontrollrat sollte sich auch mit Bürokratiebelastung in jenen Fällen auseinandersetzen, in denen eine überzogene staatliche Regelung bzw. Verwaltung besteht. Empfehlung: Der Bürokratiebegriff sollte in den § 1 (2) + § 2 (1) entsprechend weiter gefasst werden.
- § 3 (1) + (6): Die Anzahl der Mitglieder des Normenkontrollrates sollte nicht gerade sondern ungerade sein. Eine ungerade Zahl würde die Entscheidungseffizienz des

Rates erhöhen. Vertreter der deutschen Wirtschaft sollten auch ein Vorschlagsrecht bei der Besetzung des Rates haben.

- § 3 (2): Bei der Besetzung des Normenkontrollrates sollte ein bestimmtes Quorum seiner Mitglieder zwingend über Erfahrungen aus der Wirtschaft verfügen. Die im Entwurf vorgesehenen „Kenntnisse in wirtschaftlichen Angelegenheit“ reichen u.E. nicht aus.
- § 3 (4): Den Vorsitz im Nationalen Normenkontrollrat sollte das aus der Mitte des Rates gewählte Mitglied führen.
- § 4 (2): Der Nationale Normenkontrollrat sollte auch Gesetzesentwürfe des Bundestages und Bundesrates überprüfen dürfen und sich nicht nur auf Gesetzesentwürfe aus den Ministerien beschränken.
- § 6 (1): Es sollten alle Stellungnahmen des Normenkontrollrates zu den Gesetzesentwürfen der Bundesministerien sowie des Bundestages und des Bundesrates veröffentlicht werden. Dadurch würde die Position des Normenkontrollrates in der politischen Öffentlichkeit erheblich gestärkt; denn andernfalls würden erfolgreiche Voten des Rates zur Verhinderung bürokratieträchtiger Gesetze nicht bekannt werden.

Einzelanmerkungen zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft

Zu Artikel 1:

a) Vorbemerkung:

Die Änderung des Begriffs "Arbeitnehmer" in "Personen", die sich ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigen, kann in den Unternehmen erhebliche Definitionsprobleme verursachen. Die Feststellung und Kontrolle der Einhaltung wird dadurch nicht vereinfacht. Zusätzlich sind aus Sicht der Unternehmen Erleichterungen beim Verfahrensverzeichnis wichtig, welches einen erheblichen bürokratischen Aufwand bedeutet. Eine Entlastung in diesem Bereich ist aus Sicht der Wirtschaft wünschenswert.

Der jetzige Schwellenwert von 4 Beschäftigten bedeutet bei der heutigen durchgängigen IT-Ausstattung, dass ein Großteil aller Betriebe unter diese Pflichten fällt. Eine Heraufsetzung des Schwellenwertes auf 9 Personen birgt jedoch keine Gefahr für den Grundrechtsschutz auf informationelle Selbstbestimmung. Denn die Qualität der sonst zu bestellenden betrieblichen

Datenschutzbeauftragten würde gerade in den kleinen Betrieben nicht dem gesetzlichen Bild entsprechen können. Im Übrigen besteht die Pflicht zur Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten bei der Verarbeitung besonderer Arten personenbezogener Daten bzw. bei sonstigen, der Vorabkontrolle unterliegender Verarbeitungen fort. Zudem ändert die Abschaffung der Verpflichtung zur Bestellung und zur Meldung von Datenverarbeitungsvorgängen nichts an der Pflicht der Unternehmen zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen, weil sie weiterhin verantwortliche Stelle i. S. d. Gesetzes bleiben.

Der Entwurf trägt der Entwicklung der IuK-Technologien insofern Rechnung, als bei Erlass der EG-Richtlinie 1995 eine völlig andere technische Ausgangslage vorhanden war. Würde es bei dem Schwellenwert von 4 Beschäftigten bleiben, bestünde die Gefahr der „pro forma“-Bestellungen bei Kleinstbetrieben, ohne dass eine Sachkunde tatsächlich vorhanden ist. Dies gilt eben für Betriebe mit 9 Personen auch. Insofern verweisen wir auf den 3. Tätigkeitsbericht des baden-württembergischen Innenministeriums 2005, S. 18 f. Hinzu kommt, dass die personelle Ausstattung der Aufsichtsbehörden per se zu Vollzugsdefiziten führt. Somit würde durch eine Konzentration der Kontrollen auf Betriebe mit einer höheren Beschäftigtenzahl die Möglichkeit verbessert, die Befolgung der Datenschutzgesetze zu intensivieren.

Als Spitzenorganisation der deutschen Wirtschaft unterstützt der DIHK die Institution des betrieblichen Datenschutzbeauftragten nachdrücklich. Die Erfahrungen zeigen, dass er als Instrument der Selbstregulierung für datenschutzrechtliche Fragen in den Unternehmen unverzichtbar ist. Zudem ist er ein gelebtes Beispiel für Entbürokratisierung, da es den Datenverarbeitern selbst obliegt, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu garantieren, ohne dass es permanenter staatlicher Kontrolle bedarf.

b) Zu den einzelnen Vorschriften:

- Zu Art. 1 Nr. 1: Die Anhebung des Grenzwertes für die Meldepflicht ist sinnvoll. Nur die Verknüpfung der Anhebung der Schwellenwerte für die Meldepflicht mit der Anhebung für die Bestellung des betrieblichen Datenschutzbeauftragten führt zu einer konkreten Entlastung der Unternehmen. Allerdings muss die Regelung mit Art. 18 der Richtlinie 95/46/EG vereinbar sein.
- Zu Nr. 2 a bb): Hier verweisen wir auf die Vorbemerkung.

- Zu Nr. 2 b aa): Die Regelung zur erforderlichen Fachkunde mag klarstellende Wirkung sowohl für die Unternehmen als auch für die Aufsichtsbehörden haben. Allerdings ergibt sich diese Anforderung bereits aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, der für die Verwaltung allgemein gilt.
- Zu Nr. 2 b bb): Die Praxis zeigt, dass es einen gewissen Bedarf an der Bestellung von externen Datenschutzbeauftragten insbesondere bei kleineren Unternehmen gibt. Insofern ist die Gleichstellung von internen und externen betrieblichen Datenschutzbeauftragten zu begrüßen. Sie gibt den Unternehmen größere Rechtssicherheit für die Bestellung externer Datenschutzbeauftragter. Kollisionen mit anderen, gesetzlich geregelten Geheimhaltungspflichten werden insofern ausgeschaltet.
- Zu Nr. 3 und 4: Beide Vorschläge sind positiv zu bewerten. Allerdings sei auf die sparsame Personalausstattung der Aufsichtsbehörden hingewiesen! Nach unserer Erfahrung verstehen sie sich bereits jetzt als Berater für die nicht öffentlichen Stellen, aber der gesetzlichen „Ermutigung“ der Betriebe, die Aufsichtsbehörden insofern auch in Anspruch nehmen zu können, müssten dann größere Personalkapazitäten entsprechen.

Zu Artikel 3:

Der vorgeschlagenen Änderung stimmt der DIHK zu. Im Sinne einer wirklichen Entlastung von mittelständischen Unternehmen im Umweltbereich ist der Entwurf allerdings nicht ausreichend. Dazu müssen insbesondere die am Ende der Stellungnahme aufgeführten gesetzlichen Änderungen erfolgen.

Zu Artikel 4:

Die Verlängerung des Berichtszeitraums im Bereich der Erhebung der Baufeststellungen führt aus Sicht des DIHK zu einem geringen Informationsverlust. Der veränderte Berichtszeitraum passt sich dem Erhebungsrhythmus der Datenstehungspraxis an. Die bisherige monatliche Erhebung ist aufgrund unvollständiger Meldungen im hohen Maße ungenau.

Die vorgeschlagene Reduktion der Erhebungshäufigkeit führt aber im Wesentlichen nicht zu einer Entlastung der Wirtschaft, da unmittelbar auskunftspflichtig im Sinne des

Hochbaustatistikgesetzes primär die Bauaufsichtsbehörden sind. Es ist daher sicher zu stellen,

dass die Verlängerung der Erhebungszeiträume auch zu einer Erhebungsentlastung bei den mittelbar befragten Bauherren führt.

Zu Artikel 5:

Die Aussetzung der Durchführung der bislang alle sechs Jahre durchgeführten Erhebung über die Struktur der Arbeitsverdienste und Arbeitszeiten im Jahre 2007 bedeutet eine spürbare Entlastung für die Unternehmer. Die Aussetzung bedeutet eine Umsetzung unserer jahrelangen Bemühungen, die amtliche Statistik unter Nutzen / Belastungsgesichtspunkten zu reformieren. Im Berichtskreis der Erhebung befinden sich derzeit rund 24.000 Unternehmen. Der Informationsverlust ist nur marginal und steht in keinem Verhältnis zur Belastung der Berichtspflichtigen. Wesentliche Merkmale der Erhebung über die Struktur der Arbeitsverdienste werden durch alternative Erhebungen wie der Arbeitskostenerhebung abgedeckt.

Das Lohnstatistikgesetz soll – so Informationen aus der Bundesregierung – durch das Verdienststatistikgesetz zum 1. Januar 2007 abgelöst werden. Der DIHK wird hierzu beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 2. Juni 2006 eine schriftliche Stellungnahme abgeben. Durch das Verdienststatistikgesetz kann es gelingen, die deutsche Wirtschaft weiter von Bürokratiebelastungen zu befreien. Es ist richtig, dass das neue Gesetz auch die Dienstleistungsbranche erfasst und somit die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur verdienstseitig adäquat widerspiegelt. Gleichwohl fordern wir, trotz der Ausweitung der Stichproben auf weitere Wirtschaftssektoren, Mehrbelastungen der Wirtschaft insgesamt unbedingt zu verhindern.

Zu den Artikeln 6 und 7:

Die Anhebung der Buchführungsgrenze ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings wird die vorgesehene isolierte Anhebung der Umsatzgrenze auf 500.000 Euro nach unserer Einschätzung lediglich für einen geringen Teil von Unternehmen eine Entlastung bringen, da erfahrungsgemäß mit der Anhebung des Umsatzes auch eine Ertragsteigerung einhergeht. Wir schlagen daher dringend vor, auch die Gewinngrenze anzuheben. Hierzu dürfen wir auf das bislang maßgebliche Verhältnis von 1: 10 verweisen und eine entsprechende Anhebung der Gewinngrenze auf 50.000 Euro vorschlagen. Besser noch wäre es an dieser Stelle, einen mutigeren Schritt zu gehen und beide Grenzen in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der IHK-Organisation, die als Anlage beigefügt sind, auf 750.000 Euro Umsatz und 75.000 Euro Gewinn anzuheben.

Zu Artikel 8:

Die Änderungen in § 15a Umsatzsteuergesetz sind aus Sicht des DIHK zu unterstützen. Hiermit werden Ungenauigkeiten des EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes (BGBl. 2004 I S. 3310) beseitigt bzw. Regelungen des Anwendungsschreibens des Bundesministeriums für Finanzen (BStBl. 2005 I S. 1068) Gesetzeskraft eingeräumt. Die vorgeschlagenen Änderungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gesetzesänderung mit Wirkung 2005 zu einer unverhältnismäßigen Verkomplizierung für die Wirtschaft geführt hat. Eine Rücknahme dieser Gesetzesänderung wäre die größte bürokratische Erleichterung für die Wirtschaft.

Gleichwohl bleibt darauf hinzuweisen, dass die Neukonzeption des § 15a Umsatzsteuergesetz nach wie vor sprachlich und grammatikalisch derart kompliziert ausgestaltet ist, dass sie aus sich heraus nicht mehr verstanden werden kann. Die Frage der Verfassungswidrigkeit drängt sich damit auf.

Nur vor diesem Hintergrund unterstützen wir den Änderungsvorschlag - da zumindest jetzt ansatzweise erkannt wird, mit was für einer praxisfernen Regelung die Wirtschaft konfrontiert wurde. Die jetzt vorgeschlagene Änderung stimmt mit einem Verbesserungsvorschlag aus der Stellungnahme der acht Wirtschaftsverbände vom 5. September 2005 zum BMF-Schreiben zu § 15a Umsatzsteuergesetz UStG - Berichtigung des Vorsteuerabzugs IV A 5- S 7316- 14/05, S. 10, im Grundsatz überein. Auch stimmen wir grundsätzlich dem Anliegen des Änderungsvorschlages dahingehend zu, dass zum Zeitpunkt der Änderungen der Verhältnisse dem eingefügten Gegenstand noch ein Wert beigemessen werden kann. Auch dies ist eine unserer Forderungen im Rahmen der Stellungnahme der acht Wirtschaftsverbände vom 5. September 2005 zum BMF-Schreiben zu § 15a Umsatzsteuergesetz UStG - Berichtigung des Vorsteuerabzugs IV A 5- S 7316- 14/05, S. 9 gewesen.

Diese Maßnahmen stellen zwar eine Erleichterung für die Unternehmen dar, aber gerade hier zeigt sich exemplarisch, dass es sich nur um einen ersten Ansatz zum Bürokratieabbau handeln kann. Für eine wirkliche Entlastung der Unternehmer brauchen wir mutigere und weiter reichende Schritte.

Zu Artikel 9:

Das Umsatzsteuergesetz normiert umfangreiche Pflichtangaben für die Erstellung von Rechnungen. Erleichterungen gelten für sog. Kleinbetragsrechnungen, deren

Gesamtrechnungsbetrag 100 Euro nicht übersteigen. Die 100-Euro-Grenze besteht seit Jahren

Berlin, 26. Mai 2006

im Wesentlichen unverändert. Im Rahmen der Euro-Umstellung zum 1.1.2002 ist die Kleinbetragsgrenze sogar leicht gesenkt worden.

Die jetzt vorgesehene Anhebung der Kleinbetragsregelung für Rechnungen in der Umsatzsteuereinführungsverordnung ist nicht weitgehend genug. Wir schlagen in Übereinstimmung mit den Vorschlägen zum Bürokratieabbau der IHK-Organisation (s. Anlage) eine noch weitergehende Erhöhung auf 200 Euro vor. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den wohl größten Anwendungsbereich für die Kleinbetragsrechnungen, des Betankens mit Treibstoffen. Aufgrund der gestiegenen Spritpreise gelangt man mit einem Betrag von 150 Euro bereits bei Transportern und kleinen Lkws schnell an die Grenze der zulässigen Höchstgrenze. Ein „Volltanken“ wäre daher aus umsatzsteuerlichen Gründen auch weiterhin kaum möglich, da von Tankstellen regelmäßig keine den Pflichtangaben voll genügenden Rechnungen ausgestellt werden.

Zu Artikel 10:

Dem DIHK ist bewusst, dass mit der Anhebung der Abschneidegrenze (Verkleinerung des Berichtskreises) ein Verlust an Informationen insbesondere bei fachlich und regional tief gegliederten Ergebnissen verbunden ist. Kreisergebnisse werden sich nicht mehr in der gewohnten Form darstellen lassen. In einigen Bundesländern kann es auch zu merklichen Informationsverlusten in einzelnen Wirtschaftsabschnitten auf Landesebene kommen. Wir sehen die Bereitstellung solcher primär strukturellen Informationen jedoch nicht als vorrangige Aufgabe der monatlichen Produktionserhebung an. Die monatliche Produktionserhebung hat das primäre Ziel, unterjährige Konjunkturstatistiken zu liefern. Für strukturelle Untersuchungen reicht – wie gesetzlich so vorgesehen – eine jährliche Erhebung.

Der DIHK befürwortet vor diesem Hintergrund die vorgesehenen Änderungen. Insbesondere die Anhebung der Abschneidegrenze auf 50 Mitarbeiter ist eine Kernforderung der IHK-Organisation. Sie bedeutet, dass ca. 24.000 der bislang meldenden Betriebe von der monatlichen Berichtspflicht entlastet werden. Zwar geht mit der Anhebung der Abschneidegrenze notwendigerweise ein Informationsverlust einher. Testrechnungen zeigen aber, dass die Aussagekraft für die Konjunkturbeobachtung damit sowohl auf Bundes- als auch – im Wesentlichen – auf Länderebene gewahrt bleibt.

Die zustimmende Stellungnahme der IHK-Organisation wird allerdings mit folgenden Forderungen verknüpft:

- Die zukünftige Jahreserhebung (bei Betrieben ab 20 Mitarbeitern) muss den Merkmalskatalog des bisherigen Monatsberichts in vollem Umfang abfragen. Die Ergebnisse der Jahreserhebung müssen zudem sehr zeitnah vorgelegt werden.
- Die Statistischen Ämter sollen, soweit möglich, aussagekräftige Indizes für regionalisierte Daten auf Kreisebene erstellen, die zumindest eine näherungsweise unterjährige Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung für die Wirtschaft insgesamt ermöglichen.

Zu Artikel 11:

Die Pflicht zur Mitteilung einer Gewerbeummeldung an die statistischen Ämter obliegt nun den Gewerbeämtern. Ein solcher Verzicht ist als Bürokratieabbau zu werten und somit sehr zu begrüßen.

Zu Artikel 12:

Eine Rückführung unnötiger Behördenbeteiligung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Allerdings werden von dieser rein verwaltungsinternen Maßnahme die betroffenen Unternehmen höchstens indirekt durch eine Verkürzung des Verfahrens profitieren. Eine Entlastung bzw. Reduktion des Aufwands für Unternehmen ist damit nicht verbunden. Dennoch unterstützt der DIHK auch diesen kleinen Schritt zum Bürokratieabbau.

Zu Artikel 14:

Die geplante Änderung erweitert die Fälle, in welchen die Genehmigungsbehörde von einer vorherigen Anhörung des Antragsstellers absehen kann auf die in § 2 Abs. 2 PBefG genannten Fällen. Hierbei handelt es sich um Fälle der Erweiterung oder der wesentlichen Änderung des Unternehmens. Dies führt für den Unternehmer zu einer zeitlichen Verkürzung des Genehmigungsverfahrens. Da es aber der Behörde überlassen bleibt, inwieweit sie von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, ist zunächst abzuwarten, ob sich in der Praxis tatsächlich etwas ändert. Darüber hinaus soll die maximale Geltungsdauer der Genehmigung für Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen von bisher vier Jahren auf fünf Jahren erhöht und somit europäischem Recht angepasst werden. Der DIHK befürwortet auch diese Änderung.

Zum Antrag der FDP-Fraktion „Bürokratieabbau – Jetzt sind konkrete Schritte gefragt“

Der DIHK befürwortet den FDP-Antrag sowohl in seinem Grundansatz als auch in seinen Einzelpunkten. Viele Vorschläge des Antrages finden sich in dem inzwischen vorgelegten Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Normenkontrollrat. Wir werten positiv, dass damit die Koalitionsfraktionen offenkundig einen im Bundestag weit reichenden Konsens zum Thema Bürokratieabbau unterstreichen. Wir empfehlen der Bundesregierung, sich - wie von der FDP vorgeschlagen - auf ein Bürokratieleinsparziel von 25% zu verpflichten.

Zum Antrag der FDP-Fraktion „Statistikpflichten zurückführen – Bürokratiekosten senken“

- II. Punkt 1: Diesen Vorschlag unterstützt der DIHK nachdrücklich. Der DIHK selbst hat einen solchen Vorschlag nicht nur wiederholt öffentlich vorgetragen, sondern bereits im Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes eingebracht. Nach dem inzwischen abgeschlossenen Aufbau des statistischen Unternehmensregisters müsste die Umsetzung des Vorschlags möglich sein. Eine Vorprüfung durch das Statistische Bundesamt hat keine gravierenden Hindernisse ergeben, die aus fachlicher Sicht der Umsetzung entgegenstehen.
- II. Punkt 3: Auf Initiative des BMWi, soll das Lohnstatistikgesetz durch das Verdienststatistikgesetz ersetzt werden. Ein Referentenentwurf hierzu liegt seit Mitte Mai 2006 vor. Kern des Gesetzes ist es, die gesamte Breite der Wirtschaft verdienstseitig zu erfassen. Hiernach sollen Arbeitsverdienste vierteljährlich erhoben werden. Bürokratieabbau in diesem Zusammenhang sollte über das geplante Verdienststatistikgesetz erfolgen und nicht über das sog. Mittelstands-Entlastungsgesetz.

Weitere Vorschläge des DIHK zum Bürokratieabbau:

a) Steuerlicher Bereich:

Im steuerlichen Bereich gibt es eine Vielzahl von weiteren Regelungen, die i.S. einer Entbürokratisierung zu ändern wären und deren Aufnahme wir anregen. Hierfür dürfen wir zunächst auf unsere Vorschlagsliste zum Bürokratieabbau hinweisen, die dieser Eingabe als Anlage beigelegt ist. Im steuerlichen Bereich sind folgende Vorschläge herauszuheben:

1. Existenzgründern sollte eine vierteljährliche – statt monatlicher – Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung erlaubt werden.

2. Die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter sollte von 410 Euro auf 1.000 Euro angehoben werden.
3. Die Verwendungspflicht des Formulars für die Einnahme-Überschuss-Rechnung sollte gänzlich abgeschafft werden
4. Die komplizierten Regeln im Reisekostenrecht sollten vereinfacht werden.
5. Die Bauabzugssteuer sollte abgeschafft werden.
6. Steuerliche Betriebsprüfungen sollten spätestens 5 Jahre nach dem Veranlagungsjahr durchgeführt und damit einhergehend die Aufbewahrungspflichten auf 5 Jahre verkürzt werden.

Darüber hinaus wären u.E. noch folgende weitere Regelungen dringend zu vereinfachen:

1. Die im Nachgang zu § 8a KStG ergangenen, von allen Seiten als notwendig erachteten Schreiben der Finanzverwaltung zeigen deutlich, dass es sich bei der Regelung zur Gesellschafter-Fremdfinanzierung um eine extrem komplizierte Vorschrift handelt, die die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Befolgung eines Gesetzes durch den Bürger äußerst zweifelhaft macht. Wir schlagen stattdessen einen pauschalierten Misbrauchsverdacht bei Unterschreiten einer Mindesteigenkapitalquote von 20% (anteiliges Eigenkapital des Anteilseigners) mit Möglichkeit eines Gegenbeweises vor.
2. Würde unserer Forderung von kurzfristigeren Betriebsprüfungen entsprochen, würde auch die unseres Erachtens fragliche Belastung durch Vollverzinsung bei Bilanzkorrekturen deutlich entschärft. Denn eine im Rahmen einer Betriebsprüfung nach § 4 Abs. 2 EStG vorgenommene Bilanzkorrektur mit Umkehrwirkung kann aus folgenden zwei Gründen zu systemwidrigen Belastungen der Unternehmen führen:
 - die Verzinsung von Steuernachforderungen ist nicht abzugsfähig (§ 12 Nr. 3 EStG, § 10 Nr. 2 KStG); Erstattungszinsen sind dagegen zu versteuern
 - der Zinslaufbeginn ist u. U. unterschiedlich bei Bilanzkorrektur (nach Entstehen der Steuer § 233a Abs. 2 AO) und der Umkehrwirkung (nach Eintritt des rückwirkenden Ereignisses § 233a Abs. 2a AO).
3. Unternehmer haben Rechnungen nach den allgemeinen umsatzsteuerlichen Anforderungen zu stellen, auch wenn es sich um umsatzsteuerfreie Leistungen handelt. In diesen Fällen besteht aber kein Betrugsrisiko zu Lasten des Staates (Erschleichen von Vorsteuern). Es bedarf daher auch keiner umsatzsteuerlichen Kontrolle durch die Finanzbehörden. Andere Staaten, etwa Österreich, sehen deshalb von der Pflicht zur Erteilung einer Rechnung in diesen Fällen ab. Die EU-Richtlinie

lässt dies ebenfalls zu. Der Gesetzgeber sollte deshalb eine Erleichterung bei steuerfreien Umsätzen schaffen.

4. Die Nachweisanforderungen im Umsatzsteuerbereich bei Ausfuhren und innergemeinschaftlichen Lieferungen müssen auf ein praktikables und rechtssicheres Maß reduziert werden (z.B. uneingeschränkte Akzeptanz des CMR-Frachtbriefs als Nachweis und kein faktisches Verbot der elektronischen Archivierung von Ausfuhrbelegen wegen der nicht möglichen Darstellbarkeit der Farbpigmentierung der Grenzzollstempel).
5. Die überzogenen digitalen Signaturerfordernisse müssen beseitigt und der Einsatz elektronischer Medien (E-Mail, Server-Fax) im Umsatzsteuerrecht auch zum Zweck des Vorsteuerabzugs ermöglicht werden.
6. Die Anwendbarkeit der 1-Prozent-Regelung für die private Pkw-Nutzung sollte vereinfacht werden und andere Pauschalierungs- bzw. Freibetragsregelungen mit Vereinfachungseffekt, wie z.B. auch der durch das Steueränderungsgesetz 2007 zur Absenkung vorgesehene Sparerfreibetrag, erhalten bleiben.
7. Bereits vorbeugend möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die IFRS für mittelständische Unternehmen nicht zwingend eingeführt werden sollten.

b) Statistische Erhebungen in Unternehmen:

Der vorliegende Gesetzesentwurf beinhaltet noch zu wenige Entlastungen der mittelständischen Wirtschaft im Bereich der statistischen Erhebungen. Kleine Unternehmen besitzen oftmals nicht die Ressourcen, um die vielfältigen Erhebungen der amtlichen Statistik zu schultern. Die Pflicht, jährlich zu mehreren statistischen Erhebungen Bericht zu erstatten, belastet kleinere Unternehmen daher besonders schwer. Da ein erheblicher Teil der bundesstatistischen Erhebungen Stichprobenerhebungen sind, sollten vorhandene technische Möglichkeiten genutzt werden, um für kleinere Unternehmen (bis zu 49 Beschäftigte) die kumulierte Teilnahme an solchen Stichprobenerhebungen auf Bundesebene zu begrenzen. Der DIHK fordert daher, kleinere Unternehmen pro Kalenderjahr zu maximal 3 Stichprobenerhebungen heranzuziehen. Der DIHK verweist in diesem Zusammenhang auf Vorschlag Nr. 28 aus der beigelegten Vorschlagsliste des DIHK.

c) Vorschläge zum Abbau von Bürokratie im Umweltrecht

- **Abschaffung der Abwasserabgabe:** Das Abwasserabgabengesetz kann ersatzlos gestrichen werden, da seit einigen Jahren bei der Abwasserreinigung generell der Stand der Technik eingehalten werden muss; damit könnten die Preise für Abwasser in Haushalten und Gewerbe gesenkt werden.

- **Kleinmengenregelung im ElektroG:** Die Registrierung der Hersteller von Elektro(nik)geräten bei dem "Elektro-Altgeräte-Register" (EAR) erzeugt insbesondere bei KMUs hohen Aufwand und Kosten. Notwendig ist eine EAR-Kleinmengenregelung mit niedrigeren Registrierungsgebühren und erleichterter Finanzgarantie; auch die KostenV ist mittelstandsfreundlicher zu novellieren.
- **Kleinmengenregelung beim CO₂-Emissionshandel:** Für Anlagenbetreiber unterhalb von 25.000 Jahrestonnen CO₂ sollte eine Bagatellschwelle eingeführt werden, da diese Anlagen 52% aller Anlagen ausmachen, aber nur für 2 % der CO₂-Gesamtemissionen verantwortlich sind. Aufwand und Ertrag ihrer Teilnahme am Emissionshandel stehen in keinem Verhältnis.